

## Kolumne für die Zuger Woche vom 10. Oktober 2007

Martin Pfister, Kantonsrat CVP Baar

### Von der Waffe und der Armee

Die Frage, ob Schweizer Soldaten die Waffe und die Munition weiterhin zu Hause aufbewahren sollen, scheint eine der wichtigsten sicherheitspolitischen Fragen der abgelaufenen Legislatur gewesen zu sein. Letzte Woche entschied das scheidende Parlament, auf die Abgabe der Taschenmunition an die Angehörigen der Armee künftig zu verzichten, das Gewehr aber weiterhin abzugeben.

Über lange Jahre gehörte es zum Mobilisierungskonzept und zur Vorstellung eines möglichen Gegners, dass sich die Wehrleute im Fall einer Mobilisation zu ihrem eigenen Schutz bewaffnet zum Beisammelungsplatz ihrer Truppe begeben sollten. Mit dem Ende des Kalten Kriegs fiel dieses Szenario weg. Teilweise abenteuerliche Begründungen, darunter viele historische, wurden zum Teil ins Feld geführt, warum die persönliche Dienstwaffe weiterhin beim Wehrmann aufbewahrt werden sollte. Meines Erachtens gibt es nur einen stichhaltigen Grund, einen militärpädagogischen: Wenn vom Milizsoldaten - zum Beispiel beim Wachtdienst - die grosse Verantwortung abverlangt wird, zu entscheiden wann er seine Waffe einsetzen muss und darf, so sollte er auch die Verantwortung für seine Waffe tragen, ihre Einsatzbereitschaft sicherstellen und Missbrauch verhindern. Die Fähigkeit Verantwortung zu tragen schafft aus dieser Sicht mehr Sicherheit als die Strategie, den Menschen möglichst viel Verantwortung für Gefährliches zu entziehen.

Nun hätte ich erwartet, die Armee selber hätte die Angelegenheit etwas nüchterner beurteilt. Die Aufbewahrung von Munition zu Hause lässt sich schon länger nicht mehr militärisch begründen und auch die persönliche Waffe hat nicht für jeden Angehörigen der Armee die gleiche Bedeutung. Es stellt sich zudem die Frage, ob die freiwillige Aufbewahrung der persönlichen Waffe im Zeughaus das Prinzip der Verantwortung des Bürgers in Uniform tatsächlich gefährdet hätte.

Wenngleich viele, welche die Abgabe der persönlichen Waffe verbieten wollen, eigentlich lieber die ganze Armee abschaffen möchten, ein pragmatischeres Vorgehen hätte weder der Armee noch den Schützenvereinen geschadet. Der Zerfall der Armee, der vielerorts beobachtet werden muss, hängt kaum damit zusammen. Dieser sollte uns jedoch zu denken geben. Es ist dem neuen nationalen Parlament zu wünschen, dass wieder mehr sicherheitspolitische Kompetenz und insbesondere bei den Mitteparteien auch mehr Interesse an Sicherheitspolitik Einzug hält.